

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 5.— Fr. monatlich ohne Votenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanns Straße 40. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1002, 2003, 3194.

## Bemerkungen

### Not und Elend — Frohe Feste

Na, das ist eine paradox klingende Ueberschrift, werden die dies lesenden Kameraden denken. Doch nicht ganz. Wir brauchen heute nur Umschau um uns zu halten, um eine Bestätigung zu finden. Not und Elend ist zur Zeit in den meisten Bergarbeiterfamilien zu beobachten. Täglich; kündlich. Die Mahlzeiten sind spärlich und laug, die Woche über ohne Fleisch und mit wenig Fett; Kleidungs- und Wäschestücke können keine neu angeschafft werden und werden die bereits aufgebrauchten immer wieder neu in stand gesetzt durch Flick- und Weuden. Sind kleinere Anschaffungen, wie Schulmaterial für die Kinder, zu machen, so wird vertriegelt bis zum nächsten Zahltag, weils am erforderlichen Kleingeld fehlt, d. h. bereits alles verausgabt ist.

Doch schauen wir am Sonntag nicht in die Wohnungen der Bergarbeiterfamilien, sondern auf die Festplätze und in die Festhale, so hallt es wider vom festlichen Treiben. Kein äußerlich betrachtet, bemerkt man keine Spur von Not und Elend. Da schmettern die Trompeten, es jauchzen die Klarinetten und mit dem üblichen Tching tara bum bum bewegen sich ein, zwei und noch mehr Festzüge durch die Straßen. Da feiert der Kaninchenzuchtverein sein 17. Stiftungsfest, der Kavallerieverein gibt der Öffentlichkeit sein vierjähriges Bestehen kund und der Rauchsclub „Aur biden Schwarzen“ muß seine Standarte weihen. Da gibts nichts; der Vorstand hat die Notwendigkeit für den Verein erkannt, ein Fest zu feiern, ergo muß es gefeiert werden trotz Feierlichkeiten und allgemeiner Notlage. — Diese Erscheinung finden wir heute in fast allen Orten des Saargebietes. Es ist auch nicht so, als ob solche Erscheinungen etwas Neues seien. O nein! Schon die alten Römer wußten, wie man das „niedere Volk“ vom Streben nach sozialer Bessergestaltung ablenkte. „Panem et circenses“ Brot und Spiele, war Losungswort der herrschenden Schichten und — der Masse. Und heute ist es noch so; anders kann man wirklich nicht sagen, wenn man sich den sonntäglichen Festesrummel in den verschiedenen Ortschaften des Saargebietes ansieht. Ja, es ist so weit gekommen, daß viele Kameraden infolge ihrer Inanspruchnahme bei Festlichkeiten und sportlichen Veranstaltungen keine Zeit mehr finden, die gewerkschaftlichen Versammlungen zu besuchen. Die gewerkschaftlichen Versammlungsredner haben alle diese Beobachtung machen müssen. Kommt man des Sonntags nach längerer Bahnfahrt und vielleicht auch noch nach Zurücklegung einer längeren Wegestrecke in eine angelegte Versammlung, so berichtet der Versammlungsleiter meist betrübten Sinnes, daß der schlechte Versammlungsbesuch entschuldigt werden müsse, weil, na weil jaundso viele Mitglieder an irgend einer festlichen Veranstaltung irgend eines Vereines teilnehmen oder weil gerade der Fußballclub ein Treffen mit einem fremden Verein hat und dergl. mehr. Nebenbei gesagt ist es für einen Redner auch kein Vergnügen, seinen Sonntag gepopert zu haben, um zu erkennen, daß sich viele Kameraden an ihrer Berufsgestaltung desinteressiert zeigen.

Soll nun dieses Festfeiern zur Freude des Unternehmertums und der dem Arbeiterstande unfreundlich gesinnten Volksschichten verewigt werden? Diese Frage werfen nicht nur wir auf, sondern auch unsere im Dienst unserer Bewegung grau gemordeten Funktionäre verlangen, daß wenigstens in unsern Mitgliedskreisen darüber Klarheit geschaffen wird. Unsere Funktionäre sind nämlich mit uns der Ueberzeugung, daß die christlich orientierte Arbeiterchaft im Interesse ihres Standes die Aufgabe hat, dem plan- und ziellosen Festfeiern entgegen zu wirken. Den Festesarranguren geht es meistens darum, selbst etwas zu glänzen und dann auch um die Ausrichtung der Vereinskasse. Bei manchen Deuten ist es so, daß sie schon zufrieden sind, wenn ein Fest ein Paß Freibier für die Vereinsmitglieder abwirft.

Wie können wir dem Festesrummel entgegen wirken?

Vor allen Dingen dort, wo wir als aktive Vereinsmitglieder direkten Einfluß ausüben können. Gegen

alle unsinnigen Veranstaltungsvorschläge muß entschieden Front gemacht werden. So ist es zum Beispiel direkt unsinnig, wenn ein Verein aus Anlaß seines 2., 6. oder 17-jährigen Bestehens einen öffentlichen Tamtam veranstalten will. Bei 10., 25., 40. oder 50-jährigem Bestehen wollte man weniger einwenden. — Es gibt der unsinnigen Veranstaltungsründe so viele, daß man sie hier ja nicht aufzählen kann, denn einen Grund findet man immer.

Auch dorten, wo wir keinen direkten Einfluß auf eine Festveranstaltung haben, können wir oft, wenn wir wollen, entgegenwirken. Viele unserer Mitglieder sind in öffentliche Körperschaften gewählt. Da schmeißt es manchen, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Gemeindevorstand oder als Kreistagsabgeordneter von irgend einem festgebenden Verein ein freundliches Schreiben erhalten, worin zu lesen, daß man als Mitglied des Ehrenauschusses erkoren ist. — In der heutigen, wirtschaftlich schweren Zeit sind solche freundliche Anerbieten ebenso freundlich abzulehnen.

Ueberhaupt müssen wir überall dort, wo wir Einfluß haben, im Interesse des Gesamtvolkes und besonders unserer Jugend gegen den unsinnigen Festesrummel Front machen. Es ist doch so, daß auch bezüglich der Festveranstaltungen allzuviel ungeeignet ist, wie der Volksmund sagt. Wer jeden Tag Ruchen ist, verliert gar bald die Freude am Genuß. Genau so ist es mit den Festen. Wer jeden Sonntag ein Fest mitmachen muß, verliert recht bald die Freude, die eigentlich die richtige Voraussetzung für ein wirkliches Fest ist. Allzuvielen Feste bringen den Menschen nie seelische Vertiefung, sondern seelische Verflachung und führen schließlich zur Entfittlichung. — Darum, Kameraden, kämpft mit uns gegen alle Veranstaltungen, die keine sittliche Berechtigung haben, in Eurem eigenem Interesse und im Interesse des gesamten Arbeiterstandes.

### Vergnügungsvereine

Der große amerikanische Humorist Mark Twain soll einmal in Beziehung auf das deutsche Gesellschaftsleben den Ausspruch getan haben, „wo drei Deutsche zusammenkommen, wird ein Statklub gegründet; kommen aber vier Deutsche zusammen, so entsteht ein Gesangsverein.“ Erscheint uns dieser Ausspruch etwas übertrieben, so kennzeichnet er doch die Auffassung des Auslandes über unsere Gesellschaftspflege. Und man kann auch diese Auffassung nicht wegdisputieren, insbesondere nicht, wenn man einmal Gelegenheit nimmt, sich das Vereinsregister einer Gemeinde anzusehen. Es ist schier ungläublich, welche Zahl und wieviel Arten von Vereinen man da eingetragen vorfindet. So kenne ich das Vereinsregister einer mittleren Gemeinde, die noch nicht einmal 8000 Seelen hat, in dem über 70 Vereine eingetragen sind. Und alle Vereine verfolgen — wer wagt es, zu widerstreiten — durchaus edle Zwecke. Angefangen beim Rauchsclub „Erdene Pfeife“, dessen Mitglieder das Bedürfnis haben, allmähentlich gesellschaftlich Gott dem Herrn ein Rauchopfer darzubringen bis zum Würfelklub „Viel Glück“, der sich zum Ziel gesetzt hat, das ganze Jahr hindurch ein Teil der Spielgewinne in der Vereinskasse zu sammeln, damit an Silvester ein kostenfreier Vergnügungsabend steigen kann, kurzum, ein „edler“ Zweck ist nachweisbar. Weil nun dieser „edle“ Zweck und Ziele bei manchem Arbeiter höher eingeschätzt werden als gewerkschaftliches Zweck- und Zielstreben, so werden eben die Gewerkschaftsbeiträge gespart, d. h. man bleibt unorganisiert und verwendet die dadurch hereingekparten Gelder zu eigenem Rug im Klimbimklub. — Und sind Leute bekannt, die allmonatlich ein Mehrfaches an diese Klimbimvereine hängen, als der gewerkschaftliche Beitrag ausmacht. — Wir wollen es gewiß nicht unsern Mitgliedern verwehren, in Freundeskreisen die Geselligkeit zu pflegen; wer solch Bedürfnis hat, soll es in gesunder Weise befriedigen.

Wogegen wir uns aber scharf wenden wollen, ist, daß unsere Mitglieder sich dazu hergeben sollen, den Wirten die Geschäftemacherei zu erleichtern. Man kann es verstehen, daß jeder Wirt bestrebt ist, Vereine an sein Lokal zu fesseln; wenn dies auf eine anständige Art geschieht, soll's recht sein. Was sich aber in neuer Zeit herausgebildet hat, kann man wirklich

nicht gutheißen. Heute machen sich viele Wirte einfach ihre Vereine selbst. Besonders tun das solche Wirte, die Sonntags auf Saalbetrieb angewiesen sind. Da gründet sich ein geschäftstüchtiger Wirt mit Hilfe von 5 bis 6 Mann so ca. zehn Klubs, die alle unter einem besonderen Namen (nur mit jähnen und ansprechenden) bei der Orispolizeibehörde angemeldet werden und der Wirt hat für jeden Sonntag einen Verein als Aushängeschild, um Bälle und Luftbars leiten abhalten zu können.

Dann müssen wir uns auch gegen die Vereinagründungen

wenden, die nur zu dem Zweck erfolgen, die Polizeistände zu umgehen. Unsere Wirten sagten uns schon immer: „Alles, was nach der Polizeistunde getrieben wird, taugt nichts!“ Das ist auch richtig. Der einzige, der Vorteil aus solchen Vereinen hat, ist der strupellose Wirt; eine weitete „legensreife“ Auswirkung für die Vereinsmitglieder sind Familienstreitigkeiten und Ehezwiste. — Bemerkten wollen wir, daß wir mit diesen Ausführungen nicht den gesamten Wirtestand herabwürdigen und verdächtigen wollen, im Gegenteil, unsere Ausführungen sollen dazu dienen, alle anständigen Wirte zu unterstützen.

Als aufwärtsstrebende Arbeiter müssen wir das Vereinsunwesen bekämpfen. Das ist unsere Pflicht. Eigentlich mühten alle Vereine, die keinen erkennbaren sittlichen Zweck verfolgen, verschwinden. Dann würde unser Vereinsleben auch wieder eine gesunde Basis erhalten. Unter dem heutigen Verhältnis leiden nämlich die guten und gemeinnützigen Vereine, da Unterschiede, im Ansehen, besonders von behördlicher Seite, selten gemacht werden. — Wir als christliche Arbeiter wollen auch diesbezüglich die Dinge nicht treiben lassen, sondern überall dort, wo es uns möglich ist, hemmend und gestaltend wirken. — Eine entsprechende Gestaltung der Luftbarkeitssteuer für Klimbimveranstaltungen würde vielleicht schon die besten Dienste tun.

### Zur Wirtschaftslage im Saarbergbau

Die Lohnfrage im Saarbergbau ist in den letzten Jahren nie zur Ruhe gekommen. Stärker als je wird um die Sicherung der Existenz des Bergmannes in diesen Wochen gekämpft. Den besten Betriebsergebnissen steht die äußerst schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft gegenüber. Bergwerksdirektion und französischer Staat legen Zeugnis davon ab, daß ihnen Arbeiterschicksal ziemlich gleichgültig ist. Der Bergmann des Saargebietes hat viele schlechten Zeiten durchlebt. Die gegenwärtige übertrifft das Urtägliche.

In den letzten Wochen werden in der französischen Presse die Bergarbeiterlöhne des Jahres 1926 bekanntgegeben. Demnach hat sich das Lohnverhältnis dort wie folgt entwickelt:

I. Quartal unter Tag 27,20 Frs., über Tag 20,15 Fr.  
II. Quart. u. Tag 27,20 Fr. u. Tag 23,15 Fr. (Durchschn.)  
III. Quart. u. Tag 34,49 Fr. u. Tag 25,55 Fr. (Durchschn.)

Es ist mithin eine Lohnsteigerung von 7,29 Fr. bzw. 5,40 Fr. pro Schicht, oder eine solche von 26,80 Prozent zu verzeichnen.

Dieser Entwicklung im französischen Bergbau sieht für den gleichen Zeitraum eine solche im Saargebiet gegenüber:

I. Quart. unt. Tag 28,00 Fr., für alle Arbeiter 26,77 Fr.  
III. Quart. unt. Tag 37,77 Fr., für alle Arbeiter 36,36 Fr.

Ein Mehr von 9,74 Fr. bzw. 9,59 Fr., oder 34,80 und 35,82 Prozent. Wenn auch nach den üblichen Messungen der Lebenshaltungskosten, in der gleichen Zeit, diese Zahlen in Einklang mit der Entwicklung des Lohnverhältnisses gebracht werden, kann die vorhandene ungünstige Situation nicht geleugnet werden. Sie liegt in dem Zurückbleiben des Lohnes in der Zeit der vorhergehenden Jahre begründet.

Mit Beginn des laufenden Jahres haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert. Noch im Monat Januar hatte der Hauer mit den verfahrenen Schichten einen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 973 Fr. Diesem steht ein Einkommen von 794 Fr.

Im Monat Juni gegenüber. Der Hamer hat nahezu den fünften Teil seines Einkommens verloren. Ein Ende dieser Entwicklung ist anscheinend noch nicht vorzusehen. Neben Lohnabbau stehen Feiertage.

Frankreich hat die Pflicht, diesem Zustand ein Ende zu machen. Ein Unterbringen der Kohle in der eigenen Wirtschaft ist möglich. Hierzu sind allerdings Arbeiten und Opfer notwendig. In den letzten Monaten hat die französische Wirtschaft folgende fremde Kohlenzufuhren erhalten:

Einfuhr im Mai 1 961 164 Tonnen  
Einfuhr im Juni 1 449 388 Tonnen

In einer Zeit, in der England, Deutschland, Belgien und Holland große Mengen Kohlen in die französische Wirtschaft eingeführt, ist man im Saarbergbau ohne Arbeit. Von einer Energie der hiesigen Wirtschafts-

föhret zeigt die Situation gewiß nicht. Es ist der Bergwerksdirektion anscheinend leichter, den Saarbergmann hungern zu lassen, als sich wegen des Abfalls der Kohlen zur Wehr zu setzen.

Die jetzige Auslese unter der Belegschaft legt der Saarbevölkerung neue Lasten auf. Keinsens versucht man Kameraden zu entfernen, die ihre Gesundheit in den Betrieben eingebüßt. Berrichtungen von anderen Arbeiten ist diesen nicht mehr möglich. Neben dem wirtschaftlichen Verlust durch Feiertagen, stehen jetzt die Ausgaben zum Unterhalt der Arbeitslosen. Arbeiter, Handel und Gewerbe rufen nach steuerlichen Erleichterungen. Wie die stets steigenden Ausgaben gedeckt werden sollen, bleibt vorläufig noch das Geheimnis der Regierungskommission. Die Bergarbeiter des Saargebietes tun gut, wenn sie ihre gewerkschaftliche Stofkraft für die kommenden Monate aufbewahren.

wahren, und wenn nun wirklich in einer Organisation Mängel und Fehler sind, dann können diese nicht beseitigt werden, wenn man draußen steht und Krach schlägt, sondern nur dann, wenn man

innerhalb der Organisation mitarbeitet.

Jetzt, wo die Unterstühtungen ausgezahlt werden, da gibt es sogar Leute, die eine Organisation der Unorganisierten ins Leben rufen wollen.

Organisation der Unorganisierten, ist das nicht zum Leben?

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß es immer in dem Augenblick, wo die Bergwerksdirektion von den Organisationen angegriffen wurde, Leute gab, die den franz. Unternehmern bewußt oder unbewußt Handschellen anlegten. Denken wir zurück an den Tag, als die Saarbevölkerung im März 1920 wie ein Mann zusammenstand und die große Kundgebung dadurch geschwächt wurde, als Becker vom alten Verband, doch lieber auf Veranlassung des franz. Propagandabüros, den Franken für das Saargebiet verlangte. Damit, darüber sind wir uns wohl alle klar, begann die

Peidensgeschichte des Saargebietes.

Als bei der Entwertung des Franken die Gewerkschaften immer und immer wieder

Lohnforderungen

stellten, kam ein anderer Handlanger der franz. Propaganda, der „Saarkurier“, und fuhr den Gewerkschaften sehr oft in die Parole. Keiner im Saargebiet war sicher vor den Verleumdungen des Saarkuriers. Alle, die im öffentlichen Leben standen, ob Geistlicher, ob Rechtsanwalt, ob Gewerkschaftsbeamter oder Bürgermeister, immer wurde der Versuch gemacht, sie unmöglich zu machen. Doch auch dieser Zeit ging vorüber. Der Saarkurier ist im Saargebiet längst vergessen. Als dann die Saarbergleute im Jahre 1923 die geforderte Lohnerhöhung nicht erhielten und für bessere Verhältnisse kämpften, gründeten Becker und Krämer einen neuen Bergarbeiterverband, sowie den Saarbund, um den Bergarbeitern in den Rücken zu fallen. Wo sind sie? Tot für das Saargebiet. Alle die Angriffe, die seitens des Saarbundes auf die Gewerkschaften unternommen wurden, sind abgewehrt worden und das Organ, das mit vielem Tamtam ins Leben gerufen, wurde immer kleiner. Im Verleumben allerdings groß, mußte es trotzdem sterben, trotz der Beihilfen des Propagandafonds.

Als nun infolge der Einführung des Franken die Lage der armen Pensionäre und Witwen immer trostloser wurde, erschien ein Fried auf der Bildfläche; derselbe kam aus dem Unternehmerlager und spielte sich als Anwalt der Pensionäre und Witwen auf. Statt nun jene, die die soziale Gesetzgebung vom Saargebiet abgelehnt hatten, für die Schäden verantwortlich zu machen, machte dieser die deutsche Regierung und die Gewerkschaftsführer für die schlechte Lage der Rentenermpfänger verantwortlich, also ausgerechnet diejenigen, die sich stets redlich bemüht hatten, um die Lage der Pensionäre und Witwen zu verbessern. Ja diejenigen, die Erfolge in dieser Beziehung aufzuweisen hatten, wurden verprügelt. Doch damit nicht genug, in dem Augenblick, wo die Bergarbeiter unter

Lohnabbau, Feiertagen, Entlassungen

zu leiden haben, da verbündeten sich Kallmann und Gehring mit Fried, um dem Arbeiter nach Möglichkeit die Situation zu erleichtern. Die Gewerkschaften und ihre Beamten, die ein halbes Menschenleben für die Bergleute geopfert haben, wurden heruntergerissen. Nach dem Grundjah: „Verleumde freiß drauf los, etwas bleibt doch hängen“, wurde gearbeitet. Und die Unternehmer lachten sich ins Fäustchen. Wer sind nun diese Leute? Ich möchte nicht in ihre Fehler verfallen und sie persönlich herunterreißen, nein, ich will nur, weil zwei von ihnen, Kallmann und Gehring, Mitglieder unserer Bewegung waren und sich stets als Opfer der christlichen Gewerkschaften aufspielten, sachlich sagen, warum sie nicht mehr in der Bewegung sind.

Fried war Unternehmer, damit soll für heute mal genug gesagt sein. Gehring nannte sich Subdirektor der Deutschen Versicherung, die von den Gewerkschaften gegründet wurde; er hatte dortselbst eine glänzende Position,

mußte aber entlassen werden, weil er den Versicherungen stets Schwierigkeiten machte und sich trotz aller gültigen Mahnungen nicht besserte.

Versicherte, die irgend eine Beschwerde hatten, wurden barsch abgewiesen, bei vielen Bränden verfuhrte er den Mitgliedern Brandstiftung nachzuweisen, drohte überall mit der Polizei. Die Brandschäden regulierte er nicht selten unter solchem Druck und die Mitglieder wären überall geschädigt worden, wenn sich die verhassten Gewerkschaftsführer nicht ins Mittel gelegt hätten. Leute, die mit ihren Versicherungsbeiträgen in schwierigen Zeiten im Rückstand waren, wurden für geringe Beträge dem Gericht überliefert und mußten nicht selten einen mehrfachen Betrag an Gerichtskosten bezahlen, trotzdem sie Gehring lebentlich um Stundung gebeten hatten. Alle Mahnungen halfen nichts und so mußte Gehring gehen, durch seine eigene Schuld.

Kallmann führte eine Schiedsrichterkommission. Gegen den Willen der großen Organisationen nahm er den Schiedsrichtern Sonderbeiträge ab. Er wollte alles mit dem Staatsanwalt und der Bergpolizei durchsetzen; verlangte von den Bergarbeiterorganisationen, daß sie für die Anstellung der Schiedsrichter Sorge tragen sollten, was die Schiedsrichter selber nicht wollten. Für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter Sorge tragen zu wollen, war das Schild Kallmanns, in Wirklichkeit erstrebte er für sich eine Anstellung.

Dieses Trio hat sich jetzt zusammengefunden, im gegebenen Augenblick, wo das ganze Saargebiet gegen den franz. Unternehmer geladen ist, um die Wit der Bearbeiteten von den Unternehmern abzuhalten, damit diese sich

gegen die Gewerkschaften

richten lassen. Ein plumper Schwindel, wie er schon so oft von den Trabanten des franz. Propagandabüros im Saargebiet getrieben wurde. Mit Kundstücken wird ge-

## Der Gewerksverein zu den Unorganisierten

Eine Anzahl unorganisierten Bergarbeiter aus den verschiedensten Ortschaften des Saargebietes hatte bei dem Gewerksverein den Wunsch zum Ausdruck gebracht, über die Sonderunterstützung und die gesamte wirtschaftspolitische Lage, die zurzeit unser Gebiet beherrscht, genaue Aufklärung zu erhalten. In der richtigen Erkenntnis, daß es Pflicht einer gewerkschaftlichen Organisation ist, die Unorganisierten zu überzeugen von der Unrichtigkeit ihrer Einstellung zur gewerkschaftlichen Organisation, hat die Gewerksvereinsleitung zugestimmt, dem Wunsche stattzugeben. Daraufhin hatten die Unorganisierten für Sonntag, den 28. August, zu einer Konferenz im Johannisstübchen eingeladen, die sehr stark besucht war. Vom Gewerksverein war der Revierleiter Ruhnen erschienen. Derselbe legte den Unorganisierten anhand einwandfreien Materials klar, wie die gegenwärtige Situation vom Standpunkt des Arbeiters zu betrachten und wie notwendig der Zusammenschluß aller Arbeitskräfte im Saarbergbau ist. — Die Ausführungen des Kameraden Ruhnen dürften nicht bloß die Unorganisierten interessieren, sondern werden auch den organisierten Kameraden zeigen, mit welchen Schwierigkeiten die gewerkschaftlichen Organisationen in vielfacher Beziehung zu kämpfen haben. — Unsere Kameraden sind gebeten, diese Ausführungen nicht nur zu lesen, sondern sie auch an unorganisierte Kameraden weiter zu geben. — Wer sich jetzt noch nicht überzeugen lassen will, dem wird nicht mehr zu helfen sein.

### Rede des Kameraden Ruhnen:

Werte Kameraden! Noch nie haben sich die Unorganisierten so eingehend mit den Organisationen beschäftigt wie augenblicklich. Und umgekehrt hat es noch keine Zeit gegeben, in welcher die Organisierten sich so sehr mit den Unorganisierten beschäftigten mußten, wie in der jetzigen Zeit. Wie so oft in kritischen Augenblicken, machen sich auch jetzt viele Leute, die sich nie um die Not der Bergleute kümmerten, an die Unorganisierten heran, um ihre Geschäfte zu besorgen. Die Organisationen beschäftigen sich mit den Unorganisierten im Interesse der Bergarbeiter selbst, in der Absicht, die Unorganisierten zu gewinnen, um die Stofkraft der Organisationen gegen den übermächtigen Bergwerks-Unternehmer zu stärken. Der französische Unternehmer andererseits versucht, die Unorganisierten für sich zu gewinnen, um einen Brechblock gegen die Organisationen zu haben. Das sehen leider viele Bergleute nicht ein.

Die Unorganisierten haben nun in letzter Zeit gegen die Organisationen gemettert. Stichtätiges Material gegen dieselben war natürlich nicht aufzubringen, im Gegenteil, es gab Leute, die brachten Tausch und Klatsch wie alte Weiber, verleumdeten höflich oder aus Unkenntnis, vielleicht nur um den einen Zweck zu erreichen, ihr eigenes Gewissen — das die Notwendigkeit der Organisationen anerkannte — zu beschwichtigen. Nicht einmal, nein, hundertmal haben unsere Mitglieder die Unorganisierten beklagt, wie sie sich gegenseitig einstellten, daß es geradezu tröstlich sein müßte, wenn die Organisationen im Saargebiet verschwinden oder auch nur geschwächt würden. In diesen Versammlungen waren wir Zeuge, wo die Unorganisierten den Wert der Organisationen herausstellten, dann der eine weiter ausführte, daß ihm der Vorstehende nicht genehm sei, der andere war mit dem Kassierer nicht zufrieden, er sei zu genau usw. Interessant ist es zuzuhören, wenn die angeblichen Mängel aufgezählt werden. In Wirklichkeit ist der Müller ausgezerrt, weil er halloße Verdächtigungen gegen seinen Ortsvorstand aussprach und dafür zurecht gemessen wurde. Der Schmidt ist vom Kassierer belehrt worden, daß weitere Forderungen betr. Krankengeld ungerecht seien und er sein richtiges Krankengeld erhalten habe. Er aber wollte, da er erst zwei Jahre organisiert war, genau soviel Krankengeld haben, wie sein Nachbar, der bereits 10 Jahre Beiträge geleistet hat. Der Schulze bekam Krach mit dem Sicherheitsmann, als dieser ihn belehrte, daß er die bergpolizeilichen Vorschriften genau so durchzuführen habe, wie die Bergverwaltung. Einem anderen wurde vom Sicherheitsmann erklärt, daß er als organisierter Bergmann nicht vor Kohlen zu fördern habe, sondern daß er auch auf seine Sicherheit und auf die Sicherheit seiner Kameraden Wert legen müsse und infolgedessen auf einen guten Ausbau zu achten habe. Und sein Freund führte der Organisation den Rücken, weil der Knappschäftsstelle ihm seine Interessen „ange-

lich“ nicht richtig vertrat. Ja, die Scheingründe der Unorganisierten gegen die Organisation sind oft sonderbar.

Doch wir als Organisation, die wir einen so gewaltigen Unternehmer gegen uns haben, naturgemäß auf Ordnung und Gerechtigkeit halten müssen, wollen viele nicht einsehen.

Die Bergarbeiter erhalten auf Grund erfolgreicher Arbeit der Bergarbeiterorganisationen eine besondere Unterstützung. Da waren die Unorganisierten auf einmal da. Die Vorstände in den Ortschaften wurden gelächert und beschimpft, statt ihnen zu danken. Einzelne Unorganisierte gebärdeten sich wie toll. Viele glaubten, sich nicht melden zu brauchen. Sie verlangten, daß ihnen ihr Geld durch die Post ins Haus geschickt würde und labbatierten die an und für sich schon äußerst schwierige Arbeit der Gewerkschaften. Sie beschwerten sich überdies, nur selten bei der richtigen Adresse, ja selbst bei ihrer Grubenverwaltung führten sie Beschwerden gegen die Organisationen, obwohl die franz. Ingenieure mit dieser Unterstützung gar nichts zu tun haben. Mit wahrer Kammergeduld ertrugen die Gewerksvereinsvorstände und Funktionäre die Anfeindungen der Unorganisierten. Wie leicht wäre die ganze Arbeit gewesen, wenn alle Vernunft angenommen hätten und den Weisungen der Organisationen gefolgt wären. Es soll nicht verschwiegen werden, daß angesichts all der Vorkommnisse manchem Funktionär der Organisation die Geduld ausging.

Wogen sich die Unorganisierten doch einmal in die Lage der Zahlstellenvorstände hineinsetzen. Jahrelang haben diese die Unorganisierten gesucht, sie aufgestellt und gegeben, Mitglied einer Organisation zu werden. Die Vorstände haben erlebt, daß im Streit 1923 und 1925 die Unorganisierten sehr ruhig kamen, zunächst die lahmschwachen Unterstühtungen abholten und dann noch Sonderunterstützung verlangten und auch einheimsten, also das Geld mitteilten, das die Organisationen in schwierigen Zeiten in ihrer Kasse zusammengebracht hatten. Und die Organisierten ließen das damals geschehen, im Interesse des Sieges, den sie erringen wollten und errungen haben. Viele dieser Neuzugewonnenen zogen sich, nachdem sie das Geld hatten, wieder zurück, nicht mehr daran denkend, daß die Organisationen stets für die Unorganisierten mitgesorgt hatten. Die billigen Lebensmittel, die in der Nachkriegszeit auf Veranlassung der Organisationen aus Deutschland kamen, haben doch auch die Unorganisierten mitbekommen. Sie müssen daran denken, daß die Organisationen den Tarif erkämpften, Urlaub herauskämpften, den die franz. Bergarbeiter nicht hatten. Sie müssen ferner bedenken, daß die soziale Gesetzgebung, die — das haben wir stets öffentlich erklärt — nicht genügend ist,

nur durch tatkräftige Arbeit der Organisationen im Saargebiet erweitert und verbessert wurde; dürfen nicht vergessen, daß durch Vorkriegszeiten der Organisationen in Deutschland das Reich im Herbst 1922 den Anteil der Kohlenförderung, der auf die außerhalb des Saargebietes wohnenden Bergleute entfiel, abnahm und so durch die Organisationen verhütet wurde, daß im Jahre 1922 neben den vielen Feiertagen, die die Bergleute hatten, nicht noch 6-8000 Bergleute entlassen wurden.

Stundenlang könnte ich Beispiele an Erfolge anreihen, die die Organisationen erritten haben und von denen die Unorganisierten profitierten. Aus der neueren Zeit brauche ich nur noch an Frankendolz zu erinnern, wo die Bergarbeiter, die durch einen Stubenbrand zu seinen gezwungen waren, von der Regierung

die Arbeitslosenunterstützung

erhielten, trotzdem die Auszahlung mit dem Geiz kaum in Einklang zu bringen war. Ferner will ich darauf hinweisen, daß auf Antrag des Gewerksvereins, der später auch vom Verband unterstützt wurde,

die ledige, Invaliden und Witwen im Saargebiet oder in Deutschland wohnend, Zuschüsse zu ihren Renten erhielten. Daß angesichts der gewaltigen Errungenschaften der Organisationen es noch Unorganisierte gibt, ist den Organisierten unerklärlich und es ist deshalb zu verstehen, daß die Funktionäre der Organisationen auf jene, die aus Unkenntnis oder aus bösem Willen heraus unorganisiert sind, letzten Endes geladen sind. Des alles ist doch menschlich und wenn nun wirklich mal in einer Jahrestelle der Vorstand nicht so zusammenge stellt sein sollte, wie es viele Bergleute verlangen, oder sich wirklich einmal ein Vorstandsmitglied Hebergriffe erlaubt hat, dann ist es doch kein Grund, um der Organisation fern zu bleiben, denn kein Mensch ist in dem Gewerksverein wegen dem Vorstehenden A., dem Knappschäftsstellen B., oder dem Gewerkschaftsangehörigen C., sondern er ist lediglich organisiert, um seine eigenen Interessen zu





Rat wurde dies zur Tatsache. Unterstützung wurde nicht mehr gezahlt. Das Fahrgeid hatte man noch bis Ende Juli erhalten.

Zwischen wurden von den Organisationen die Abgrenzungen informiert und gebeten, sich für die weitere Unterstützung einzusetzen. Von der Reichsregierung hatte man auch jetzt noch die weitere Zahlung der Unterstützungssätze als unmöglich hingestellt. Die Abgeordneten hielten nunmehr ihre Arbeit darauf ein, unter allen Umständen eine weitere Zahlung des Fahrgeides zu erreichen. Im Plenum des Reichstages fand eine diesbezügliche Entscheidung die Mehrheit. Die Reichsregierung lehnte auch die Ausführungen dieser Entscheidung ab. In verschiedenen Sitzungen zu Trier, Waldmohr und Spener hatte die Reichsregierung versucht, in Gegenwart der Vertreter gewerkschaftlicher Verbände ihre Auffassung zu begründen. Auch jetzt hielten die Vertreter an der früheren Auffassung fest. Die Fahrgeiderrückzahlung dürfe unter keinen Umständen eingestellt werden. Die Reichsregierung erklärte zuletzt in einer Sitzung in Spener, daß die Forderungen der Gewerkschaften andurchführbar seien. Nach kurzer Beratung der Reichsregierung mit den Vertretern der Kreise und Länder hatte man den gewerkschaftlichen Verbänden die letzte Entscheidung mitgeteilt. Für August, September und Oktober sollen noch Unterstützungsbeträge von 15, 10 und 5 M. zur Auszahlung gelangen. Mit dem Ende des Monats Oktober soll jede Unterstützung aufhören. Eine Zustimmung der Gewerkschaften wurde nicht gefordert. Die Mitteilung galt als letzter Beschluß.

Die Maßnahmen der Reichsregierung hat bei der in Frage kommenden Arbeiterchaft mit Recht eine starke Verächtlichkeit hervorgerufen. Kein Saargänger hat daran gedacht, daß die Auszahlung der Unterstützung ein Dauerzustand darstellen soll. Solange jedoch diese wirtschaftliche Situation anhält, die führt nach dem Saargebiet ohne Arbeiter aus persönlichen Mitteln nicht möglich ist, bedeutet es ein M. der Klugheit und Vorhut, den Menschen durch geeignete Maßnahmen keine Arbeitsstelle zu erhalten.

### Knappschäftliches

#### Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Knappschäftsvorstandes vom 17. August 1927

In Verfolg der Beschlüsse des Personalausschusses vom 4. August d. J. beschließt der Vorstand, alle

**vorliegenden Anträge auf Erhöhung des Lohnes bzw. des Gehaltes bis zum Oktober zurückzustellen.**

In dem Antrage einiger Angestellter auf Höherengruppierung, beschließt der Vorstand, grundsätzlich an den Richtlinien über die Eingruppierung der Beamten und die Ablegung von Prüfungen festzuhalten. Er ist jedoch damit einverstanden, daß diejenigen jüngeren Angestellten, die bereits seit längerer Zeit in der Gruppe VI besoldet werden und die bei normaler Durchführung der Richtlinien bereits ihr erstes Examen gemacht hätten, demnach eine Teilprüfung entsprechend der bisherigen besonderen Ausbildung obliegen und behält sich vor, nach dem Ergebnis dieser Prüfung eine Aufzählung von der Gruppe VI in die Gruppe VIII, und zwar rückwirkend vom 1. Juli d. J. ab eintreten zu lassen. Eine Höherengruppierung der nach Gruppe VIII besoldeten Angestellten vor Beendigung des jetzt laufenden Ausbildungskurses und vor Ablegung der sich anschließenden Prüfung wird abgelehnt.

#### Nachträgliche Vergütung für die Seelsofge der Geistlichen.

Der vorliegende Antrag eines Geistlichen auf Vergütung der Seelsofge wird erneut behandelt. Es wird beschlossen, und zwar gegen die Stimmen der dem Bergarbeiterverband angehörenden Vorstandsmitglieder, für das Jahr 1925, für das satzungsgemäß der Verein die Seelsofge noch zu vergüten hat, noch nachträglich eine angemessene Vergütung, und zwar für alle an der Seelsofge beteiligten Geistlichen festzusetzen. Der Personalausschuß wird mit der endgültigen Festsetzung der einzelnen Beträge beauftragt.

#### Belegung der Knappschäftslazarette.

In der Personalausschüttung hat Herr Vertrauensmann Hoffmann im Anschluß an die Besprechung der Personal- und Beamtenfrage darauf aufmerksam gemacht, daß er bei einem Besuch einiger Krankenhäuser festgestellt habe, daß diese Krankenhäuser jetzt sehr schwach belegt sind. Er machte deshalb den Vorschlag, bis auf weiteres von der Inanspruchnahme fremder Lazarette für die Behandlung akuter Vergifte abzusehen. Der Personalausschuß hat deshalb bereits beschlossen, die Verwaltung entsprechend zu beauftragen. Der Vorstand schließt sich diesem Beschluß an.

#### Wünsche betreffend Änderungen in der Lazarettzuweisung.

Seitens einiger Vorstandsmitglieder wird im Anschluß hieran beantragt, die Mitglieder der Berginspektion III und der Grube Dilsburg mit Rücksicht auf die günstigeren Verbindungen in das Krankenhaus Völklingen und nicht mehr in das Krankenhaus Querschied zu überweisen. Es wird nach Anhörung des Chefarztes, Herrn Dr. Lemmen, vom Völklinger Lazarett festgestellt, daß zwar im Augenblick einige Betten im dortigen Lazarett frei sind, daß aber bereits bei eintretender Herbstwitterung und bei Wegfall der Feiertage wieder mit einer vollen Inanspruchnahme des Lazaretts gerechnet werden müsse. Dem Antrag kann daher nicht entsprochen werden. Es wird jedoch in Aussicht genommen, späterhin, wenn alle Lazarette mit Krankentransportwagen angeschlossen sind, auf Antrag Verschiebungen zwischen den einzelnen Lazaretten zuzulassen, wenn diese Verschiebungen durch den Wohnort der Betroffenen besonders begründet sind und die Maßfrage die Versicherung erlaubt. Dem ferneren Antrage, eine Verteilung der Belegschaft entsprechend den Wohnorten

der Mitglieder auf die einzelnen Lazarette vorzunehmen, kann ebenfalls nicht stattgegeben werden. Dagegen soll dem Antrag, diejenigen Leute, die auf der Grube Reden und der Grube Heintz beschäftigt sind und die günstigeren Verbindung nach dem Fischbach- oder dem Sulzbach-Krankenhaus haben, nach Möglichkeit entsprochen werden.

#### Sonderzulage zu den Pensionen und Berliner Abrede.

Am 27. Juli 1927 hat eine Sitzung des Finanzausschusses stattgefunden, in der entsprechend der Ermächtigung durch den Vorstand Beschluß dahin gefaßt wurde, am 1. August d. J. gemeinsam mit der Knappschäftspension wiederum eine Sonderzulage in der Höhe der Grundpension zur Auszahlung zu bringen. Gleichzeitig wurde dem Antrage, gegeben, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Thissen die Vertreter der Versicherungsträger zu einer Besprechung einzuladen hat, um sie über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen zu unterrichten. Die Besprechung hat stattgefunden. Herr Dr. Thissen hat im Rahmen der Besprechung und soweit es den Saar-Knappschäftsvorstand betrifft, mitgeteilt, daß in Aussicht genommen ist, zu den Knappschäftspensionen einen Betrag von 7 Mark monatlich, zu den Witwenpensionen einen Betrag von 3,50 Mark monatlich und zu dem Waisengeld einen Betrag von 2 Mark monatlich seitens des Reichs zuzuschließen, unter der Voraussetzung, daß der Reichs-Knappschäftsvorstand sich bereitfindet, diese Beträge dem Saar-Knappschäftsvorstand zu überlassen. Die Zuschußleistung, die nach dem heutigen Stand ungefähr 160 000 Mark (unter Einschluß der Zuschüsse für die W-Pensionen, dort sind die entsprechenden Beträge 20.—, 10.— und 5.— Mark, etwa 180 000 Mark) ausmacht, als zwei Drittel der bisherigen Zuschußleistung, soll ab 1. Juli 1927 laufen. Für den Monat Juni soll noch einmal der Betrag von 24 000 Mark überwiesen werden. Bezüglich der Invalidenrenten ist in Aussicht genommen, daß die Auszahlung der Beträge in der Weise erfolgt, daß sie anteilmäßig vom Reich bzw. dem Saar-Versicherungsträger getragen, und zwar gehen die Beitragsanteile vor dem 1. April 1922 zu Lasten des Reichs und die späteren Beitragsanteile zu Lasten der Saar-Versicherungsträger. Diese Abmachung soll jedoch erst nach erfolgter Ratifizierung des Abkommens und damit frühestens am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Das Abkommen in dieser Form entspricht nicht völlig den Erwartungen, die der Saar-Knappschäftsvorstand glaubte auf Grund der früheren Besprechungen hegen zu dürfen. Die Verwaltung hat deshalb bereits auch in einem Privat Schreiben an Herrn Ministerialdirektor Grise in Berlin auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die vor allem dadurch entstehen, daß die Übernahme der Lasten aus der Invalidenversicherung nicht ebenfalls vom 1. Juli, sondern erst von einem späteren Zeitpunkt ab laufen sollen. Die Lage ist noch dadurch erschwert, daß in der Zwischenzeit der Vorstand des Reichs-Knappschäftsvorstandes es abgelehnt hat, die für die Auszahlung der Beträge, die dem Saar-Knappschäftsvorstand zur Verfügung gestellt werden sollen, erforderliche Beitragserhöhung einzutreten zu lassen.

In der Frage, was nun am 1. September geschieden soll, beantragen die Arbeitnehmer,

**daß auf jeden Fall dieselben Beträge wie am 1. Juli und am 1. August, also zuzüglich einer Zulage in Höhe der Grundpensionen, zur Auszahlung kommen sollen.**

Der Herr Vorsteher macht jedoch darauf aufmerksam, daß der Verein bereits die Zulage für zwei Monate, also annähernd 1/2 Million Mark vorgeschossen habe und daß er als Vertreter des Arbeitgebers dem Antrage nicht zustimmen könne, wenn nicht bis zu dem genannten Termin die in Aussicht gestellten Beträge hier eingehen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich noch einmal in einem dringenden Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister zu wenden, um noch rechtzeitig eine Klärung der Frage zu erreichen. Für den Fall, daß die Beträge noch rechtzeitig eingehen, soll am 1. September wiederum eine Zulage in der Höhe der Grundpension gezahlt werden. Eine Anrechnung auf gegebenenfalls rückwirkende Erhöhungen der Knappschäftspensionen bzw. der Invalidenrenten behält sich der Knappschäftsvorstand auch für diesen Fall vor, wie es bereits für die Zahlung am 1. August erfolgt ist.

**Ein grundsätzlicher Beschluß zu den vielen eingehenden Anträgen von Wohlfahrtsinstituten um Zuwendungen.**

Der Antrag des Jugendfürsorgeamtes Neunkirchen auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Unterbringung erhaltungsbedürftiger Kinder, und der Antrag der Gemeinde Espelen auf Verpflegung eines Zuschusses zu den der Gemeinde aus der Versorgung der Hebammen mit Verbrauchsmaterial usw. erwachsenen Kosten wird abgelehnt. Herr Jakob Mikeln weist hierbei darauf hin, daß heute die Bezahlung der Hebammen so ausreichend ist, daß eine Zuschußleistung der Gemeinde ihm bereits als völlig überflüssig erscheine. Der Vorstand sieht sich mit Rücksicht darauf, daß von den verschiedensten Seiten Anträge an den Knappschäftsvorstand wegen Zuschußleistung gestellt werden, veranlaßt, grundsätzlich zu beschließen, daß Zuschußleistungen an andere Körperschaften zur Erfüllung der vielen obliegenden Aufgaben für die Zukunft abzulehnen sind. Die Aufgaben des Knappschäftsvorstandes sind gesetzlich festgelegt und dafür werden die Beträge erhoben. Aufgaben, die andere Körperschaften — Gemeinden, Kreise usw. — zu erfüllen haben, mit zu finanzieren, kann jedoch nicht Aufgabe des Knappschäftsvorstandes sein. Der Knappschäftsvorstand ist kein gewerkschaftliches Unternehmensein, das aus seinen Heberischen derartige Zuschüsse leisten könnte. Er muß sich vielmehr auf die Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben beschränken und keine Beitragseinnahmen lediglich zur Erfüllung dieser gesetzlichen Aufgaben denügen.

**Neuwahl der Drei-Ärztelkommission und Beschluß betr. beschleunigtes Pensionverfahren.**

Die Drei-Ärztelkommission wird in ihrer bisherigen Zusammensetzung auf ein weiteres Jahr gewählt. Im An-

schluß hieran wird von Arbeitnehmerseite darauf hingewiesen, daß die Arbeit der Bergverwaltung, die Belegschaft zu vermindern, die zum Teil schon vertrieben, zum größten Teil jedoch noch bevorstehend, den Knappschäftsvorstand veranlassen sollte, besondere Richtlinien für die beschleunigte Pensionierung derjenigen Mitglieder aufzustellen, die im allgemeinen schon als bergfertig, auch ohne ein eingehendes ärztliches Gutachten, angesehen werden können. Die Geschäftsausschüsse werden diesbezüglich Richtlinien aufstellen, die der Knappschäftsvorwaltung eine beschleunigte Erledigung der in Frage kommenden Fälle ermöglichen. Die Knappschäftsvorwaltung ihrerseits wird beauftragt, durch eigene Maßnahmen und durch Anweisung der Knappschäftsarzte die Arbeit der Geschäftsausschüsse nach Möglichkeit zu unterstützen.

#### Klagen über Mängel im Krankenhaus Neunkirchen.

Unter Verschiedenes werden seitens einiger Vorstandsmitglieder und des Herrn Vertrauensmannes Hoffmann Anführungen über Mängel in dem Krankenhaus Neunkirchen gemacht. Es wird unter anderem darauf hingewiesen, daß die Verabfolgung der Mahlzeiten zu wünschen übrig lasse und die Speisen durch den Transport oft nicht mehr warm genug seien; es wird des ferneren gewünscht, daß in dem Krankenhaus auch eine Abteilung für Frauen und Kinder eingerichtet wird. Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, daß diese Frage im nächsten Jahre nach Beendigung der jetzt im Gange befindlichen Um- und Erweiterungsbauten im Krankenhaus Querschied und hier in Saarbrücken aufgegriffen werden müsse, daß es dann wohl nötig sein wird, das ganze Wirtschaftsgebäude in Neunkirchen zu erweitern. Vielleicht wird auch dann die Möglichkeit gegeben sein, dem Antrage auf Einrichtung einer Frauen- und Kinderabteilung zu entsprechen.

Herr Sponsantata führt noch Beschwerde darüber, daß der Anweisung, Mitglieder der Pensionkasse B mehr in kleineren Zimmern und nicht in großen Sälen unterzubringen, in Neunkirchen kaum entsprochen werde und bittet, deshalb die dortige Krankenhausverwaltung erneut mit entsprechender Anweisung zu versehen.

#### Die Sonderunterstützung zu den Pensionen

Die in der Berliner Abrede zwischen Reichsregierung und Regierungskommission des Saargebietes festgesetzte Sonderunterstützung für die Pensionsempfänger des Saar-Knappschäftsvorstandes, die ab 1. Juli vom Reichs-Knappschäftsvorstand überwiesen werden soll, war bis 17. August — am Tage der Vorstandssitzung des S. K. V. — noch nicht überwiesen. Wie sich aus dem Vorstandsprotokoll ergibt, waren die Arbeitgebervertreter gegen die weitere Vorzahlung durch den S. K. V. Die Knappschäftsvorwaltung und die beiden Bergarbeiterorganisationen hatten sich daraufhin an das Reichsarbeitsministerium gewandt und um Veranlassung ersucht, damit die fälligen Beträge überwiesen werden, um die weitere Auszahlung der Sonderunterstützung am 1. September möglich zu machen. Bei der Knappschäftsvorwaltung ging daraufhin folgende Antwort ein:

„Die Berliner Abrede hat noch keine bindende Kraft. Sie wurde am 20. Juli von den beiderseitigen Vertretern paraphiert, bedarf aber noch der Genehmigung der Regierungen, der Schlußzeichnung und der Zustimmung des Reichstages. Solange die Abrede nicht die Wirkung eines Gesetzes hat, kann der Reichs-Knappschäftsvorstand nicht zu der in der paraphierten Abrede vorgesehenen Leistung angehalten werden. Dem Reich stehen Mittel zur Verfügung.“

Diese Antwort gab uns die Knappschäftsvorwaltung zur Kenntnis mit folgendem Bemerkung:

„Entsprechend der Beschlußfassung in der letzten Vorstandssitzung können wir am 1. September d. J. nur die Pensionbeträge ohne die bisherigen Zulagen zur Auszahlung bringen. Wir können dabei aber die Hoffnung haben, daß es möglich sein wird, die jetzt fehlenden Beträge zu gegebener Zeit noch nachträglich auszahlen.“  
gez. Kredel.“

Wir bedauern diese Verzögerung in der notwendigen Unterstützungszahlung außerordentlich und werden wir uns bemühen, daß möglichst schnell eine Regelung erfolgt, welche die knappschäftlichen Rentenempfänger befriedigt.

#### Widerruf.

Die Auslagen, die ich gegen den Bergmann Mathias Hellbrück aus Dilsburg gemacht habe, nehme ich hiermit mit Bedauern als unwahr zurück.

Wilhelm Keiser, Bergmann, Wiesdahl.

#### Bekanntmachungen

Bei der Dotierung und Nummerierung der drei letzten Nummern sind Irrtümer unterlaufen. Das Datum der Nr. 33 muß 13. August lauten; die folgenden Nummern müssen anstatt 35 und 36 die Nummern 34 und 35 tragen. Die vorliegende Nummer ist die Nummer 36.

Der 36. Wochenbeitrag (Woche vom 28. August bis 3. September) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: J. Mikeln.  
Verl. des Gewerkschafts Christl. Bergarbeiter Deutschlands, Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.